

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Pf., bei Lieferung frei Haus 55 Pf. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Blättern keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr anzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Silberbeist und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. V. X.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 274

Donnerstag, den 24. November 1938

90. Jahrgang

Förderung kultureller Arbeit

Ergänzung der politischen Achse Rom—Berlin

Der italienische Außenminister Graf Ciano und der deutsche Botschafter von Mackensen haben in Rom in Gegenwart des italienischen Unterrichtsministers Bottai und des Ministers für Volksbildung Alfieri sowie des Leiters der kulturpolitischen Abteilung des Reichsministeriums des Auswärtigen, Ministerialdirektor Stieve, das deutsch-italienische Kulturabkommen unterzeichnet. Das Ziel ist die Förderung und Pflege der kulturellen Arbeit auf allen wichtigen Gebieten. Der Rahmen des Abkommens ist weit gefasst und umfaßt u. a. auch die Grundsätze für die künftige Stellung des Unterrichts der italienischen und deutschen Sprache im Schulplan der beiden Länder.

Die beiden befreundeten Staaten haben mit diesem Abkommen ein für die Ausgestaltung und Vertiefung ihrer Beziehungen entscheidendes Werk geschaffen, das die kulturelle Ergänzung der politischen Achse Rom—Berlin bildet und sowohl inhaltlich wie hinsichtlich seiner vertragstechnischen Durcharbeitung das bedeutendste Kulturabkommen darstellt, das bis heute besteht. Erwähnung verdient die Mitwirkung und Förderung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Rust sowie des italienischen Unterrichtsministers Bottai.

Das Abkommen erstreckt sich nicht nur auf die vielfältigen der staatlichen Betreuung unterliegenden Gebiete des kulturellen Lebens und auf die Kulturinstitute in den beiden Ländern, sondern umfaßt auch die zahlreichen zwischen der NSDAP. und der faschistischen Partei entwickelten Beziehungen. Die deutsche wissenschaftlichen Institute in Italien wie auch ihre Leiter und Beamten erhalten durch das Abkommen eine völkerrechtlich anerkannte Grundlage. Italien, das bisher für die Erforschung der deutschen Kultur nur wenige Einrichtungen im Reich hatte, wird nunmehr in den Brennpunkten des deutschen kulturellen Lebens eine Reihe von Instituten gründen. Im besonderen werden in dem Abkommen auch das italienische Institut für germanische Studien in Rom und die von Reichsminister Frank und dem italienischen Justizminister Solmi begründete Deutsch-italienische Juristische Arbeitsgemeinschaft, ferner die Austauschbeziehungen unter den Gelehrten, Studenten und Schülern der beiden befreundeten Länder hervor-

gehoben, die durch das Abkommen eine willkommene Förderung erfahren werden.

Weitere Artikel betreffen die Gründung von deutschen Schulen in Italien und italienischen Schulen in Deutschland, den Austausch von Lehrkräften und Schülern und die Abhaltung von Sprachkursen, um auf diese Weise eine beträchtliche Steigerung, schon beim Schulunterricht angefangen, der Kenntnisse der deutschen Sprache in Italien und der italienischen Sprache in Deutschland zu erreichen.

Schließlich werden von dem Abkommen, durch das ein paritätisch gebildeter Deutsch-Italienischer Kultur-aus-schuss eingesetzt wird, auch alle von den beiden Propagandaministerien betreuten Kulturbeziehungen berücksichtigt, deren Pflege sich die vertragsschließenden Staaten auf allen Gebieten in weitem Maße angelegen sein lassen werden.

Das deutsche Volk wird dieses Kulturabkommen als einen neuen Beweis der Festigkeit der Achse Berlin—Rom herzlich begrüßen. Die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Nationen, deren politische Gestaltung durch die Namen ihrer großen Staatsmänner bezeichnet ist, werden durch diesen Vertrag und durch den Ausbau der darin bezeichneten kulturellen Einrichtungen noch vertieft werden.

Zur Unterzeichnung des deutsch-italienischen Kulturabkommens

Reichserziehungsminister Rust an den italienischen Erziehungsminister

Berlin. Reichserziehungsminister Rust sandte an den italienischen Erziehungsminister Bottai das folgende Telegramm: „Ezzenz! Aus Anlaß der Unterzeichnung des Kulturabkommens zwischen Italien und Deutschland grüße ich Sie herzlich. Ich freue mich, daß hiermit die kulturelle Zusammenarbeit zwischen unseren Nationen eine Vertiefung erfahren wird und versichere Sie, daß die deutsche Schule und Hochschule das Ihre dazu beitragen werden, den Geist des Kulturvertrages zu verwirklichen. Mit dem Austausch der geistigen Güter wird das freundschaftliche Band zwischen unseren beiden Völkern noch enger geknüpft werden. Reichsminister Rust.“

Wüste Schimpfkanonade aus Sowjetspanien

Verräter Chamberlain und Daladier

Die letzten Anglisten der roten Machthaber — Volksmassen fordern Kapitulation — 200 Flintenweiber „bewachen“ Barcelona

Bilbao. In Barcelona ist die Stimmung, die nach der letzten großen Niederlage in der Ebro-Schlacht schon verweilt war, nunmehr völlig auf dem Nullpunkt angelangt. In ihrer Angst haben die roten Blätter mit einer verwerflichen Schimpfkanonade begonnen, die sich bemerkenswerterweise zu einem großen Teil gegen die bevorstehende Zusammenkunft der britischen und französischen Minister in Paris richtet. Man fürchtet die Zuerkennung der Kriegserrechte an Nationalspanien und glaubt, daß in diesem Falle die Machthaber in Barcelona sofort gestürzt würden und nur die bedingungslose Kapitulation übrig bliebe.

So scheut sich die sog. „Presse“ in Sowjetspanien nicht, in letzter Zeit die wüsten Schmähungen auszustößen, und erdreistet sich sogar, Chamberlain, Daladier und Bonnet als Verräter zu bezeichnen.

Die unterdrückte und hungernde Bevölkerung Kataloniens, die in den letzten 14 Tagen pro Kopf ganze 100 Gramm Feinmehl und 50 Gramm Erbsen als „Gemüse“ zugeführt erhielt, scheint sich der Meinung dieser bolschewistischen Schreiberlinge allerdings nicht anzuschließen. Wenigstens er-

fährt man aus Barcelona, daß die Sozialpartei, die vor kurzem sofortigen Waffenstillstand und Kapitulation forderte, daraufhin einen ungeheuren Zustrom erfahren hat. Die roten Bonzen haben jetzt Flugzettel verteilt, in denen sie fordern, vor diesen „Verrätern“ auf der Hut zu sein.

Kennzeichnend für die Zustände in Barcelona ist weiter, daß am Mittwoch in den Straßen der Stadt zum ersten Mal die kürzlich eingestellten 200 weiblichen „Karabinier“ mit ihren Flinten herumspazierten. Sie sollen die Büden ausfüllen, die in die Reihen der in der Schlacht am Ebro eingeleiteten „Benossen“ gerissen wurden.

Keine Handelsverbindungen ohne politische Konsequenzen

Nationalspanien erwartet die Zuerkennung der Kriegsführendenrechte

Salamanca. Die nationalspanische Presse erwartet mit größter Aufmerksamkeit das Ergebnis der Besprechungen der englischen und französischen Minister, von denen sie die Zuerkennung der Rechte eines Kriegsführenden erwartet.

„Correo Espanol“ schreibt: Alle Kriegsheer stehen bereit, die Besprechungen zu torpedieren. Nationalspanien wird sich die Haltung jener Kreise merken und seine Politik entsprechend ausrichten. Es ist aber für England und Frankreich unmöglich, die bisherige hinhaltende Politik fortzusetzen. Innenpolitische Gründe dürfen nicht die Anerkennung der Gerechtigkeit verhindern. Es ist unmöglich, mit Nationalspanien weiterhin in Handelsverbindungen zu stehen, ohne die entsprechenden politischen Konsequenzen zu ziehen.

Japan will keine Kompromißlösungen

Erklärungen des japanischen Kriegsministers

Tokio. Der japanische Kriegsminister erklärte gegenüber der Presse, daß Japan mit immer neuen Kräften den Krieg solange fortführen werde, bis entweder die Kuomintang-Regierung zusammenbräche oder mit neuen Männern in fünfziger Zentralregierung aufstehe. Es gäbe kein Kompromiß mit Tschiangkai-shek oder Männern seines Systems. Der neue Wehretat läge genügend Mittel für eine Fortführung militärischer Operationen vor, insbesondere für die Verstärkung der Luftkräfte und motorisierter Formationen.

Geschichtsforschung zur Judenfrage

Zusammenarbeit mit dem Innenministerium

Der Reichsminister des Innern Dr. Frick empfing den Präsidenten des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, Prof. Walter Frank, zur Entgegennahme des soeben erschienenen dritten Bandes der vom Reichsinstitut herausgegebenen „Forschungen zur Judenfrage“ und zu einem Bericht über die vom Reichsinstitut geleisteten Arbeiten zur Geschichte der Judenfrage.

Um die Zusammenwirkung der sich mit der Judenfrage befassenden politischen und wissenschaftlichen Instanzen noch zu verstärken, hat der Reichsminister des Innern auf Antrag des Professors Frank einen Vertreter in den Sachverständigen-Beirat des Reichsinstituts entsandt. Als seinen Vertreter hat der Reichsminister des Innern den Ministerialrat Dr. Löjener bestimmt.

Kolonie-Rückgabe bedenkenlos

Kategorische Dementis des Staatssekretärs Hull

Staatssekretär Hull nahm in der üblichen Pressekonferenz zu Behauptungen Stellung, wonach die amerikanische Regierung Bedenken gegen die Rückgabe von Kolonien an Deutschland geltend gemacht hätte. Hull dementierte solche Meldungen auf das bestimmteste. Sie entbehren jeder Grundlage. Ebenso verneinte der Staatssekretär die etwas merkwürdig anmutende Frage, ob Amerika im deutschen Kolonialbesitz an der Westküste Afrikas eine militärische Bedrohung dieses Erdteiles sähe.

Hull wies bei dieser Gelegenheit auf die große Verantwortung hin, die sowohl die Regierung wie auch die amerikanische Presse in diesen Zeiten hätten.

Nürnberger Gesetze auch in Danzig

Schutz auch des artverwandten Blutes.

Im Danziger Gesetzbuch vom 23. November 1938 ist eine Verordnung des Senats zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre veröffentlicht. Die bedeutende Rechtsverordnung bezweckt, wie das deutsche Vorbild und die unter dem Namen „Nürnberger Gesetze“ bekannten gesetzlichen Bestimmungen, die Reinverhaltung des deutschen und des ihm artverwandten Blutes und die Ausmerzung des jüdischen Einflusses.

Der Senat hat damit der dringlichen und natürlichen Forderung der Danziger Bevölkerung entsprochen, die weitestgehende Rechtseinheit mit dem deutschen Mutterlande und ganz besonders auf dem Gebiete der Rassen-gesetzgebung verlangt.

